Katrin Menke

»Wahlfreiheit« erwerbstätiger Mütter und Väter?

Zur Erwerbs- und Sorgearbeit
aus intersektionaler Perspektive

Katrin Menke

»Wahlfreiheit« erwerbstätiger Mütter und Väter?

»Wir feministisch geprägte Frauen haben Leistungsdruck mit Freiheit verwechselt.«
Laurie Penny in der taz-Sonderausgabe zum Weltfrauentag 2016

Katrin Menke, geb. 1983, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen und Mitglied der Forschungsgruppe »Migration und Sozialpolitik«. Die Sozialwissenschaftlerin studierte in Düsseldorf und Berlin und promovierte im Kolleg »TransSoz: Leben im transformierten Sozialstaat« der Universität Duisburg-Essen, der Technischen Hochschule Köln und der Hochschule Düsseldorf. Ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind soziale Ungleichheiten aus intersektionaler Perspektive, Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Wandel sowie (kritische) Migrationssoziologie und Asylpolitik.

KATRIN MENKE

»Wahlfreiheit« erwerbstätiger Mütter und Väter?

Zur Erwerbs- und Sorgearbeit aus intersektionaler Perspektive

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 transcript Verlag, Bielefeld

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-4709-9

PDF-ISBN 978-3-8394-4709-3

<https://doi.org/10.14361/9783839447093>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de

Inhalt

Dank | 7

1 Einleitung | 9

- 1.1 Forschungskontext: Leben im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat | 11
- 1.2 Fragestellungen und Forschungsperspektiven | 13
- 1.3 Gliederung des Buches | 15

2 „Wahlfreiheit“ intersektional denken

Theoretische Perspektiven und Begrifflichkeiten | 19

- 2.1 Soziale Ungleichheiten intersektional gefasst | 19
- 2.2 Wohlfahrtsstaatlichkeit aus intersektionaler Perspektive | 46
- 2.3 Familienpolitik als Politik der „Wahlfreiheit“ | 65

3 „Wahlfreiheit“ intersektional erforschen

Zur methodologischen und methodischen Vorgehensweise | 85

- 3.1 „Wahlfreiheit“ als Handlungsmöglichkeiten in Entscheidungssituationen | 86
- 3.2 Die Rekonstruktion von „Wahlfreiheit“ in Entscheidungssituationen aus intersektionaler Perspektive | 88
- 3.3 Die Erhebung von Wahlmöglichkeiten durch episodische Interviews | 100
- 3.4 Feldzugang und Auswahl der Interviewpersonen | 103
- 3.5 Der deutsche Krankenhaussektor als Forschungsfeld | 107

4 Manifestationen von „Wahlfreiheit“ in der Empirie

Zur Bedeutung von (Quasi-)Solidargemeinschaften, betrieblichen Tauschverhältnissen und Mehrfacherwerbstätigkeit | 125

- 4.1 (Quasi-)Solidargemeinschaften im Kontext von Paarbeziehung, Familien, sozialen Netzwerken und bezahlten Dienstleistungen im Privathaushalt | 125
- 4.2 Individuelle Tauschverhältnisse im betrieblichen „Mikrokosmos“ | 173
- 4.3 Mehrfachbeschäftigung zwischen Alternativlosigkeit und Normalisierung | 214

5 „Wahlfreiheit“ erwerbstätiger Mütter und Väter im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat aus intersektionaler Perspektive | 245

5.1 Klasse in ihren Verschränkungen | 246

5.2 Geschlecht in seinen Verschränkungen | 254

5.3 Ethnizität in ihren Verschränkungen | 261

6 Fazit | 267

Literaturverzeichnis | 279

Anhang | 301

Dank

Mein erster Dank gebührt denjenigen Müttern und Vätern, die mir aus ihrem Leben berichtet haben. Ohne deren Erzählungen und offenen Worte hätte diese Arbeit nicht geschrieben werden können. Ich verbinde damit den Auftrag, ihre Perspektive auf „Wahlfreiheit“ angemessen und sensibel gegenüber ihren individuellen Lebensgeschichten in den wissenschaftlichen Diskurs einzubringen.

Diese Arbeit ist nicht im stillen Kämmerlein entstanden. Ich bin froh und dankbar, Mitglied des Promotionskolleg „TransSoz: Leben im transformierten Sozialstaat“ der Hochschule Düsseldorf, der Universität Duisburg-Essen und der Technischen Hochschule Köln gewesen zu sein, wo sich außergewöhnlich gute Arbeitsbedingungen mit einer guten atmosphärischen Zusammenarbeit gepaart haben. Die Vielfalt der dort beteiligten Personen sowie verhandelten Themen waren mir eine Bereicherung. Ein besonderer Dank gilt Christoph Gille und Christian Gräfe. Beide haben einen Anteil an dieser Dissertation. Prof. Dr. Monika Götsch danke ich in vielfacher Hinsicht. Die intersektionale Ausrichtung meiner Arbeit ist im Wesentlichen motiviert, begleitet und beeinflusst von unseren gemeinsamen Diskussionen, Textlektüren und Vorträgen.

Ein großer Dank gilt meinen zwei Gutachter*innen Prof. Dr. Ute Klammer und Prof. Dr. Simone Leiber, sowie darüber hinaus Prof. Dr. Sigrid Leitner, die sich zeitintensiv und engagiert mit meinem Forschungsprojekt auseinandergesetzt haben. Die Rückfragen und manchmal auch geäußerte Skepsis gegenüber meiner intersektionalen Perspektive haben dazu geführt, diese noch intensiver darzulegen und zu begründen.

Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher hat mich als Gast im Promotionskolleg mit ihren wertschätzenden und zugleich kritischen Rückmeldungen vor neue (inzwischen hoffentlich gelöste) Denkaufgaben gestellt, mich jedoch zugleich in meiner intersektionalen Perspektive explizit bestärkt. Dafür danke ich.

Der Zufall wollte es so, dass ich auf meinem beruflichen Weg in und außerhalb der Wissenschaft bisher vor allem Frauen als Vorgesetzte erleben durfte: Svenja Pfahl, Anja Weusthoff, Dr. Christina Klenner und Prof. Dr. Ute Klammer. Diese Frauen haben mich auf unterschiedliche Weise gefördert und gefordert. Sie waren mir stets Ansprechpartner*innen und Vorbild, auch in persönlichen Belangen. Den Grundstein für mein soziologisches Handwerk und feministisches Interesse haben Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel und Dr. Christina Klenner gelegt. Ich danke für ihr jeweiliges Zutrauen in meine Fähigkeiten, ohne das ich sicherlich keine wissenschaftliche Laufbahn eingeschlagen hätte.

Meinen Eltern verdanke ich, dass sie mir im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle Türen geöffnet haben und mir stets Mut zugesprochen haben, ich könnte alles erreichen, was ich mir vornehme. Mein Erfolg ist auch ihrer.

Ich danke Sebastian für seine Aufgeschlossenheit gegenüber meinem feministischen Denken und Arbeiten. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, die Motivation hochzuhalten und Zeit zu erübrigen, die Dissertation weiter zu denken und zu schreiben. Ich danke Matilda für die Momente der Ablenkung und des Zerstreuens.

Ich danke darüber hinaus Marlies und Gerd für die tatkräftige Unterstützung im Alltag mit Kind und Beruf durch unermüdliche Einsätze, die es mir erlaubt haben, so manche Dienstreise, Interview- und Schreibphase zu meistern.

Das Schreiben einer Dissertation ist nicht nur Arbeit, sondern auch eine besondere Lebensphase. Viele haben diese mitgestaltet, ohne dass sie genau verstanden haben, was ich tagtäglich tue: Judith, Claudia, Nina, Timo und Nina danke ich für die Zeiten, in denen wir nicht über die Forschungsarbeit gesprochen haben. Sie waren genauso wichtig wie die Gespräche, in der sie Thema war.

In der Endphase dieser Arbeit habe ich weiteren Personen zu danken: Dr. Anouschka Strang für das Endlektorat und die gute Begleitung in der Abgabephase, Marlies und meiner Mutter für kurzfristige Großeltern-Einsätze und motivierende Worte auf den letzten Metern. Dem Transcript-Verlag danke ich für die Möglichkeit zur Buchpublikation und Anne Sauerland für die professionelle Begleitung während der Manuskripterstellung.

Dieses Buch ist den Frauen meiner Familie und ihren unterschiedlichen Lebenswegen gewidmet: Else Vogt, Renate und Judith Menke.

1 Einleitung

Soziale Ungleichheiten müssen sowohl mehrdimensional als auch relational betrachtet werden. Diese Erkenntnis scheint auch den soziologischen Mainstream erreicht zu haben. In jüngeren, viel beachteten Publikationen werden soziale Ungleichheiten wieder stärker in den Kontext kapitalistischen Wirtschaftens und damit politischer Ökonomie gestellt und auf die Verwobenheit von Klassengesellschaften mit geschlechts- und ethniespezifischen Exklusionen sowie die damit einhergehenden wechselseitigen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse hingewiesen – ob es sich dabei um die Analyse der Abstiegsellschaft im Postwachstumskapitalismus (Nachtwey 2016) oder der Externalisierungsgesellschaft westlich-kapitalistischer Konsumgesellschaften (Lessenich 2016) handelt. Dabei knüpfen diese Analysen wenn überhaupt implizit als explizit an die feministische Gesellschaftskritik bzw. deren intersektionalen Weiterführungen an.

Explizit intersektionale Perspektiven auf soziale Ungleichheiten insgesamt bzw. ihre einzelnen Aspekte stehen weniger im wissenschaftlichen Rampenlicht. Dies ist verwunderlich, bieten sie doch neue Zugänge und tiefgründiges Analysepotenzial für die gegenwärtigen komplexen und ambivalenten gesellschaftlichen Entwicklungen im Hinblick auf soziale Ungleichheiten. So verlaufen soziale Ungleichheiten in Deutschland nicht (mehr) entlang eines gedachten Oben und Unten einer Klassengesellschaft, sondern kreuz und quer durch die Gesellschaft. Passé scheint die vordergründige Spaltung der Arbeitsgesellschaft in die zahlreichen (männlichen, autochthon-deutschen) Beschäftigten mit unterschiedlichem beruflichen Status und Einkommen und Arbeitslose. Relevanter für soziale Ungleichheiten erscheinen die Unterschiede zwischen atypischen Beschäftigten und Personen in so genannten Normalarbeitsverhältnissen – dies jedoch zunehmend losgelöst von beruflicher Qualifikation, Berufserfahrung oder dem bis dato bekannten Leistungsprinzips. Zeitgleich bahnen sich neue Formen eines arbeitsgesellschaftlichen Leistungsprinzips ihren Weg innerhalb der Erwerbsarbeit (vgl. Aulenbacher et al. 2017: 21). Soziale Ungleichheiten verlaufen auch nicht

(mehr nur) stur entlang von Geschlechtergrenzen, also zwischen heterosexuellen Männern und Frauen. Die erkämpften Emanzipations- und Gleichstellungsgewinne gebildeter, weißer Frauen der gehobenen Mittelschicht der letzten zwei Jahrzehnte scheinen sich – dies zeigt bereits das Zitat von Laurie Penny im Einband – vor allem auf die Partizipation von Frauen und Müttern an der bezahlten Erwerbsarbeit zu beschränken. Die Bedeutung von Geschlecht wird dabei neuerdings auch durch Sozial- und Familienpolitik auf widersprüchliche Art und Weise zugleich de- und reaktiviert (vgl. Pühl 2004), auch im Hinblick auf die darin eingelassenen Heteronormativismen (vgl. Woltersdorff 2008). Feministisch inspirierte Autor*innen sprechen wahlweise von einer selektiven oder exklusiven Emanzipation (vgl. Auth et al. 2010, Faharat et al. 2006). Die negativen Folgen dieser einseitigen Emanzipationsperspektiven werden jedenfalls von den Anderen – das sind u.a. nicht-weiße, nicht-deutsche, nicht-gebildete Frauen – getragen. Schließlich bleibt auch die Betrachtung sozialer Ungleichheiten allein im Hinblick auf nationalstaatliche Grenzen und rassistische Grenzziehungsprozesse unvollständig, wenn Personen ausschließlich entlang eines (zugeschriebenen) Migrationsstatus betrachtet, Ausländer*innen und Inländer*innen, Geflüchtete und Einheimische berücksichtigt bzw. unterschieden werden. Nationale Grenzen, allen voran jene innerhalb der Europäischen Union (EU), haben einerseits scheinbar ihre Bedeutung verloren und ungekannte Mobilitätsmöglichkeiten auf einem politisch konstruierten, kapitalistischen Binnenmarkt eröffnet. Andererseits hat das Europäische Grenzregime zeitgleich eine höchst selektive, mehrstufige und allen voran rassistische, sexistische sowie klassistische europäische Mobilitätsordnung nach Außen etabliert, deren Wirkung weit über die Grenzen der EU hinausreichen (Hess et al. 2017: 6). Personen verfügen über höchst selektive Möglichkeiten, mobil zu sein und sie überschreiten Grenzen bereits mit einer spezifischen sozialen Positionierung, als homosexuelle Frau oder heterosexueller Mann, mit viel oder wenig kulturellem, sozialen und/oder ökonomischen Kapital. Selbst die prinzipiell universal geltenden „Menschenrechte haben eine Nationalität, einen sozialen Status und nicht zuletzt ein Geschlecht“, befindet Scherschel (2015: 95).

Was deutlich geworden sein sollte: Nicht erst seit den jüngeren politischen Transformationen und gesellschaftlichen Umbrüchen muss jede Analyse sozialer Ungleichheiten zu kurz greifen, die Personen ausschließlich entlang einer Facette ihrer sozialen Positionierung innerhalb der Gesellschaft betrachtet, als Frau, als asylantragstellende Person, als gesuchte Fachkraft. Eine Person ist stets alles zugleich – und noch viel mehr. Diese wechselseitigen Verwobenheiten verschiedener Facetten ein und derselben Person stehen in Relation zu den Anderen, werden im Kontext einer spezifischen politischen Ökonomie, kurzum einer kapi-

talistisch-wohlfahrtsstaatlich verfassten Gegenwartsgesellschaft wie der unsrigen mal relevant gesetzt und mal nicht. Erst die intersektionale Betrachtung einer so gefassten sozialen Positionierung lässt, dies ist die hier vertretene Auffassung, ein ganzheitliches Bild im Hinblick auf soziale Ungleichheiten im deutschen Wohlfahrtsstaat zu.

Die vorliegende Arbeit ist der Versuch, soziale Ungleichheiten im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat konsequent intersektional zu erfassen und zu erforschen. Im Fokus der exemplarischen Analyse stehen abhängig beschäftigte Mütter und Väter im deutschen Krankenhaussektor sowie deren „Wahlfreiheit“ in Entscheidungssituationen im Hinblick auf die Organisation, Gestaltung und Verteilung von paralleler Erwerbs- und Sorgearbeit. Inwiefern ermöglicht oder verunmöglicht die soziale Positionierung von Müttern bzw. Vätern entlang der Kategorien-Trias Geschlecht, Ethnizität und Klasse Wahlmöglichkeiten in einzelnen beruflichen und privaten Entscheidungssituationen? Und in welchem Zusammenhang stehen die unterschiedlichen Optionen der Lebensführung von Eltern mit dem gewandelten Wohlfahrtsstaat in Deutschland, der weiterhin nationalstaatlich verfasst, kapitalistisch organisiert und auf der Gegenüberstellung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit beruht, sich gleichwohl neuen Paradigmen verschrieben hat?

1.1 FORSCHUNGSKONTEXT: LEBEN IM TRANSFORMIERTEN DEUTSCHEN WOHLFAHRTSSTAAT

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist eine spezifische Lesart des gegenwärtigen Wohlfahrtsstaates in Deutschland. Sozialpolitik in Deutschland hat sich transformiert¹ und neuen Paradigmen verschrieben, die sich gegenseitig bedingen. Zu den neuen wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien zählen Aktivierung, Eigenverantwortung sowie Autonomie- bzw. Selbstbestimmung (vgl. Klammer et al. 2017, Götsch/Kessl 2017, auch Lessenich 2008). Im Paradigma der Aktivierung wird deutlich: „Ziel politischer Steuerung ist die pro-aktive Lebensführung jeder_r Einzelnen“, schreiben Götsch/Kessl (2017: 182). Dabei kommt es zu einer unauflösbaren Verknüpfung von Eigeninteresse und Gemeinwohl nach dem Motto, gut für das Individuum ist, was im Interesse der gesellschaftlichen Gemeinschaft ist. Stephan Lessenich (2008) hat das die Neuerfindung des Sozialen genannt. In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von Erwerbsarbeit für

1 Zum Begriff und Konzept der Transformation siehe Götsch/Kessl (2017): 187.

den*die Einzelne*n gestiegen. Sie ist Voraussetzung der individuellen Existenzsicherung geworden. Sozialstaatliche Aktivierung bedeute folglich die (Re-) Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt (Götsch/Kessl 2017: 182). Im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung werden neben Arbeitslosen und Jugendlichen inzwischen auch Eltern, allen voran autochthon deutsche Frauen und Mütter von Kindern ab dem Alter von drei Jahren aktiviert.

Das Paradigma der Eigenverantwortung überträgt die Verantwortung u.a. im Hinblick auf Vorsorge (Alter, Gesundheit), Fürsorgeverantwortung und Integration in den Arbeitsmarkt zunehmend auf das einzelne Individuum. Zeitgleich folgen diese Bereiche immer mehr einer ökonomischen Logik. Ökonomisches Denken und Handeln von Subjekten wird zur Voraussetzung für das eigene Leben (vgl. Götsch/Kessl 2017: 183). Dies ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einem Rückzug des Staates. Vielmehr werde der Markt als Orientierungsfolie für die Organisation von Gesellschaft und (Sozial-)Politik re-produziert (Götsch/Kessl 2017: 184). Dies zeigt sich beispielhaft auch in der gegenwärtigen Familienpolitik, die sich zwar aktiv für eine familienfreundliche Arbeitswelt einsetzt, jedoch stets mit ökonomisierten Argumenten gegenüber der Wirtschaft auftritt und die Notwendigkeit für sorgerechte Erwerbsarbeitsbedingungen u.a. mit dem Mangel an (weiblichen) Fachkräften begründet (vgl. Leitner 2008). Familienpolitik betrachtet Eltern als Wirtschaftssubjekte, weniger als Sorgetragende (vgl. Menke 2016).

Das Autonomie- bzw. Selbstbestimmungsparadigma räumt den Adressat*innen von Sozialpolitik Wahl- und Mitbestimmungsmöglichkeiten ein, etwa durch die Ermöglichung von „Wahlfreiheit“ zwischen häuslicher und öffentlicher Kinderbetreuung (vgl. Klammer et al. 2017: 10). So fand diese gesellschaftliche Debatte zuletzt etwa rund um die Einführung des Betreuungsgeldes im Jahr 2013 statt. Zwar ist das Betreuungsgeld 2015 abgeschafft worden, der familienpolitische Begriff der „Wahlfreiheit“ – international unter dem Schlagwort „choice“ diskutiert – lässt sich jedoch auch in größere wohlfahrtsstaatliche Kontexte einordnen. Denn die Frage nach „Wahlfreiheit“ von Eltern berührt letztlich die grundlegende Frage der Organisation und Gestaltbarkeit paralleler Erwerbs- und Sorgearbeit. Diskussionen seitens der Politik um Vereinbarkeitsarrangements von Familie und Beruf machen diese nicht nur möglich, sondern auch erwartbar – gerade im Kontext des vorher Beschriebenen. Entscheidungen von Müttern und Vätern wirken dann „wie das Ergebnis eines autonomen Entscheidungsprozesses und nicht mehr als Ausdruck gesellschaftlicher Erwartungen an Frauen und Männer, wie dies noch für die geschlechterspezifischen Positionszuweisungen im Sozialstaat der 1950er und 60er Jahre der Fall war“ (Götsch/Kessl 2017: 185). Wohlfahrtsstaatliche Strukturen und die Frage, wem sie was

ermöglichen und wem nicht, geraten durch das Autonomie- und Selbstbestimmungsparadigma und dem Schlagwort „Wahlfreiheit“ jedoch aus dem Blick.

In der Zusammenschau der gewandelten wohlfahrtsstaatlichen Paradigmen ergibt sich ein höchst anspruchsvolles und zugleich widersprüchliches Bild für ein Leben im transformierten Wohlfahrtsstaat Deutschland. Subjektive soziale Praktiken sind mit sozialpolitischen Inkonsistenzen und Inkohärenzen konfrontiert (vgl. Klammer et al. 2017: 11) und werden durch sie gleichsam hervorgebracht. Offen bleibt die Frage, wie sich die Alltagspraktiken von Subjekten, auch im Lebensverlauf, unter diesen Umständen realisieren und mit welchen Nebenefekten und Ambivalenzen sie einhergehen (Götsch/Kessler 2017: 185, Klammer et al. 2017: 11). Die Erforschung der Alltagspraxen und Bewältigungsweisen von Müttern und Vätern im transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat als Adressat*innen von Sozialpolitik steht insofern im Zentrum dieser Forschungsarbeit.

1.2 FRAGESTELLUNGEN UND FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN

Das vorliegende Dissertationsprojekt fokussiert auf „Wahlfreiheit“ erwerbstätiger Mütter und Väter mit schulpflichtigen Kindern, die Erwerbs- und Sorgearbeit gleichzeitig nachkommen. Im Zentrum steht die Frage, wie sich die „Wahlfreiheit“ für Mütter und Väter im Hinblick auf parallele Erwerbs- und Sorgearbeit im gewandelten Wohlfahrtsstaat darstellt und inwiefern „Wahlfreiheit“ durch die intersektionalen Kategorien Geschlecht, Klasse und Ethnizität beeinflusst ist. Es wird davon ausgegangen, dass bestehende intersektionale Ungleichheiten im gegenwärtigen Wohlfahrtsstaat auf unterschiedliche und neuartige Art und Weise (re-)produziert werden. Daraus resultieren, so die Annahme, unterschiedliche Optionen der Lebensführung im Hinblick auf die Realisierung paralleler Erwerbs- und Sorgearbeit sowie selektive Handlungsmöglichkeiten von Müttern und Vätern in konkreten Entscheidungssituationen. Elterliche „Wahlfreiheit“ wird insofern gleichzeitig ermöglicht und verunmöglicht und dies höchst selektiv. Das Begriffsverständnis von „Wahlfreiheit“ folgt in dieser Arbeit dabei einer eigenen Definition. Nach dem hier vorgelegten Verständnis bedeutet „Wahlfreiheit“ subjektiv wahrgenommene, individuelle Wahlmöglichkeiten von Müttern bzw. Vätern im Hinblick auf die Gestaltung, Verteilung und Organisation von Erwerbs- und Sorgearbeit. Die Realisierung von elterlicher „Wahlfreiheit“ bewegt sich dabei grundsätzlich im wohlfahrtsstaatlichen Spannungsfeld von Staat, Markt und Familie (vgl. Esping-Andersen 1990, Orloff 1993), welches von spezifischen und zugleich gewandelten Geschlechter-, Erwerbsarbeits- und Migrati-

onsregimen geprägt ist. Die gegenwärtige deutsche Familien- und Arbeitsmarktpolitik nimmt für die vorliegende Analyse insofern einen hervorgehobenen Stellenwert ein.

Zentrale Forschungsperspektive zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragestellungen ist eine soziologisch-intersektionale Analyse. Wie bereits zu Beginn angedeutet, geht mit einer intersektionalen Analyse die Berücksichtigung sich wechselseitig bedingender sozialer Kategorien wie Geschlecht, Ethnizität und Klasse einher, die gleichsam als historisch gewachsen und gesellschaftlich konstruiert gefasst werden. Verwoben sind diese Kategorien jedoch nicht nur untereinander, sondern auch mit bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen im Kontext kapitalistisch organisierter Gesellschaften. Soziale Ungleichheiten werden nicht als zufälliges Nebenprodukt verstanden, sondern als inhärenter Bestandteil und notwendige Voraussetzung für kapitalistisches Wirtschaften (vgl. Aulenbacher et al. 2012, Winker/Degele 2009).

Als Forschungsperspektive kann darüber hinaus gelten, was zuvor als Adressat*innen-Perspektive angedeutet wurde. Gemeint ist, dass Subjekte zum konsequenten Ausgangspunkt der hier vorgelegten Forschung gemacht wurden. Dies ist angesichts des Forschungsgegenstandes, dem transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat, seiner Familien- und Arbeitsmarktpolitik, keine Selbstverständlichkeit, berücksichtigen sozialpolitische Analysen in der Regel die Wirkungsweisen sozialpolitischer Strukturen und Leistungen auf institutioneller Ebene (vgl. Klammer et al. 2017: 15, Götsch/Kessl 2017: 189). Damit werden die subjektive Sichtweise und deren häufig ambivalente, widersprüchliche oder auch widersinnige Praxen ausgeblendet. Demgegenüber verortet sich dieses Dissertationsprojekt im Umfeld der Sozialpädagogik und Sozialen Arbeit sowie der Arbeits- und Geschlechtersozioologie, die eine stärker akteur*innen- bzw. subjektbezogene Perspektive voranstellt. In der Perspektive der sozialpädagogischen Adressat*innenforschung wiederum stehen die Herausforderungen konkreter Adressat*innen(-gruppen) und Nutzer*innen(-gruppen) und damit deren Alltagsbewältigung im Fokus des Forschungsinteresses (vgl. ebd.), allerdings häufig ohne (ausreichende) Berücksichtigung eines sozialpolitischen bzw. wohlfahrtsstaatlichen Kontextes. Dieser ist jedoch nicht neutral gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen, sondern setze durch die Ausgestaltung von Leistungen Anreize bzw. belohne oder bestrafe bestimmte Lebensformen und Lebensweisen (Klammer et al. 2017: 17). Auch die Arbeits- und Geschlechtersozioologie erforscht, ausgehend vom einzelnen Subjekt, die Ambivalenz, Widersprüchlichkeit und Widersinnigkeit von Alltagspraxen, allerdings häufig in größeren, gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, und selten mit Fokus auf (gewandelte) Wohlfahrtsstaatlichkeit. Das hiesige Forschungsinteresse gilt insofern der Rekonstruk-

tion der Alltagspraxen und handlungsleitenden Deutungsmustern von erwerbstätigen Müttern und Vätern, die durch sozialstaatliche Leistungen und Programme neuerdings auf spezifische Art und Weise adressiert werden. Diese Rekonstruktion von Praxis mit Fokus auf Wahlmöglichkeiten in konkreten beruflichen und privaten Entscheidungssituationen wurde aus einem intersektionalen Blickwinkel realisiert.

Empirische Grundlage der vorliegenden qualitativ-rekonstruktiven Forschungsarbeit sind 19 narrative Interviews mit heterosexuellen Müttern und Vätern mit und ohne Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Beschäftigtengruppen und mit unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen im deutschen Krankenhaussektor, die methodologisch und methodisch mit der Grounded Theory, der intersektionale Mehrebenenanalyse nach Winker/Degele (2009) sowie dem intersektionalen Analyserahmen nach Riegel (2010) ausgewertet wurden.

1.3 GLIEDERUNG DES BUCHES

Die Arbeit gliedert sich in vier Blöcke. Im Anschluss an die Einführung werden zunächst die theoretischen Perspektiven und Begrifflichkeiten dieser Forschungsarbeit dargestellt und erläutert. Wie lässt sich „Wahlfreiheit“ intersektional denken bzw. konzeptualisieren? In Kapitel 2 werden dafür das hier vertretene intersektionale Verständnis sozialer Ungleichheiten inklusive theoretische Erläuterungen zu den Ebenen und Kategorien dargestellt, die vor dem Hintergrund der intersektionalen Folie in dieser Studie relevant sind. Im Anschluss daran finden sich theoretische Perspektiven auf den hier verwandten Begriff von Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie Erörterungen zur gegenwärtigen Familienpolitik, die als Politik der „Wahlfreiheit“ gefasst wird. Neben einer Beschreibung der historischen Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Familienpolitik finden sich hier auch Verweise zu den Forschungssträngen im Hinblick auf betriebliche Familienpolitik sowie Debatten zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Bezug auf „Wahlfreiheit“ von erwerbstätigen Müttern und Vätern. Abschließend findet eine Verortung des Konzeptes von „Wahlfreiheit“ im politisch-öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskurs statt, auch unter Verweis auf internationale Debatten.

Kapitel 3 wendet sich der empirischen Umsetzung der Forschungsfragen zu und etabliert eine eigene Begriffsbestimmung jenseits der aufgezeigten politischen Debatten. Wie lässt sich „Wahlfreiheit“ operationalisieren, um es erforschen? Zur methodologischen und methodischen Vorgehensweise zählt eine subjektbezogene Rekonstruktion von Wahlmöglichkeiten in Entscheidungssituatio-

nen. Der intersektionale Analyseanspruch fand in dem intersektionalen Analyse-
rahmen nach Riegel (2010) seine methodische Entsprechung. Schließlich wird
erläutert, wie die Wahlmöglichkeiten von Müttern und Vätern erhoben und In-
terviewpersonen gesucht bzw. gefunden wurden. Kapitel 3.5 wendet sich im An-
schluss daran dem deutschen Krankenhaussektor als spezifischem Forschungs-
feld zu. In diesem Kontext wird unter anderem auch erläutert, warum es zu die-
ser Eingrenzung auf Beschäftigte des Krankenhaussektors in der Gesundheits-
branche kam.

Die empirischen Ergebnisse als Manifestationen von mehr oder weniger
„Wahlfreiheit“ werden in Kapitel 4 aufgeführt. Dabei gliedert sich die Empirie
zunächst entlang der aus dem Material entnommenen Konzepte, die zu drei zent-
ralen Ergebnissen verdichtet wurden. Von Bedeutung für die Frage elterlicher
Wahlmöglichkeiten in beruflichen und privaten Entscheidungssituationen stell-
ten sich insofern (Quasi-)Solidargemeinschaften im Kontext von Partnerschaft,
Familien, sozialen Netzwerken und Dienstleistungen im Privathaushalt (Kap.
4.1.), individuelle Tauschverhältnisse im betrieblichen „Mikrokosmos“ (Kap.
4.2.) sowie Mehrfachbeschäftigung zwischen Alternativlosigkeit und Normali-
sierung (Kap. 4.3) heraus. Diese Konzepte werden jeweils ausführlich in ihren
jeweiligen Kontexten, Bedingungen, Interaktionen, Strategien und Konsequen-
zen beschrieben und in Relation zu den elterlichen Wahlmöglichkeiten gestellt.

Kapitel 5 vollzieht dann eine intersektionale Wendung und gliedert die Er-
gebnisse entlang der drei, im Fokus stehenden intersektionalen Kategorien Klas-
se, Ethnizität und Geschlecht. Dabei wird auch eine Brücke zu theoretischen
Perspektiven geschlagen. Um den interdependenten Wechselwirkungen der Kat-
egorien gerecht zu werden, werden diese in ihren jeweiligen Verschränkungen
dargestellt. Dieser zusätzliche Analyseschritt macht deutlich, welchen Mehrwert
eine intersektionale Perspektive auf empirische Ergebnisse bereithält.

Das Fazit rekapituliert das Forschungsvorhaben und ordnet die Ergebnisse in
einen größeren Kontext ein, unter anderem durch das Aufzeigen notwendiger
Schlussfolgerungen für die verschiedenen Theoriestränge ebenso wie für die
deutsche Familien- und Gleichstellungspolitik.

Diese Arbeit, das sei abschließend gesagt, versteht sich als soziologische Per-
spektive auf die Lebensrealität erwerbstätiger Mütter und Väter im Kontext des
transformierten deutschen Wohlfahrtsstaat und räumt dem empirischen Material
samt der Originalzitate der Interviewpersonen einen entsprechend großen Stellenwert ein. Die intersektionale Perspektive auf die Frage nach der „Wahlfreiheit“ von Eltern ist der Versuch, die bisher noch wenigen empirisch basierten intersektionalen Analysen anzureichern und den Forschungsgegenstand intersekti-

onaler Ansätze auf wohlfahrtsstaatliche Strukturen, Leitbilder, Normen und Werte sowie dadurch möglich bzw. unmöglich gemachte Identitäten und Existenzformen auszuweiten. Inwiefern dies gelungen ist, müssen im Folgenden andere beurteilen.

2 „Wahlfreiheit“ intersektional denken

Theoretische Perspektiven und Begrifflichkeiten

Gegenstand dieses Kapitels ist der theoretische Zugang zu der Frage nach „Wahlfreiheit“ erwerbstätiger Mütter und Väter im Hinblick auf die Organisation, Verteilung und Gestaltung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Dieser wird entlang von drei Strängen entfaltet: *erstens* entlang der hier vertretenen theoretischen Perspektive auf soziale Ungleichheiten, die in Form eines intersektionalen Ansatzes als eine spezifische daherkommt; *zweitens* entlang der Verankerung intersektionaler Ungleichheiten im deutschen Wohlfahrtsstaat, welcher durch ein eigenes Erwerbsarbeits-, Geschlechter- und Migrationsregime theoretisch erfasst werden kann; sowie *drittens* entlang von Transformationen der deutschen Familienpolitik im Hinblick auf „Wahlfreiheit“.

2.1 SOZIALE UNGLEICHHEITEN INTERSEKTIONAL GEFASST

Mit der Einnahme einer intersektionalen Perspektive auf soziale Ungleichheiten gehen spezifische Grundannahmen einher: erstens ein konstruktivistischer Ansatz, zweitens das Zentralsetzen des Kapitalismus als spezifische Wirtschaftsweise und zugleich ungleichheitsevozierendes System sowie drittens das Betrachten unterschiedlicher Ebenen zählen, durch welche soziale Ungleichheiten (re-)produziert werden. Diese Grundannahmen erklären sich (auch) aus dem Ursprung von Intersektionalitätsdebatten, welcher in Form einer spezifischen Gründungsnarrative wiedergegeben werden kann. Im Folgenden werden daher

zunächst Genese und Grundannahmen intersektionaler Ansätze¹ erläutert und im Anschluss daran die damit in Verbindung stehenden Kategorien Geschlecht, Klasse und Ethnizität eingeführt bzw. definiert. Abschließend werden theoretische Analyseebenen benannt, die im Rahmen intersektionaler Forschung voneinander unterschieden werden können.

2.1.1 Genese und Grundannahmen intersektionaler Ansätze

Ihren Ursprung fand Intersektionalität in der Kritik der US-amerikanischen schwarzen Feminismusbewegung an der weißen, mittelschichtsbezogenen Frauenbewegung, die für sich beanspruchte, die Lebensrealität aller Frauen zu repräsentieren. Neben dem (politischen) Kampf um Anerkennung von Differenzen zwischen Frauen gehört zur Genese von Intersektionalitätsdebatten zudem der Verweis auf Wechselwirkungen verschiedener Kategorien sozialer Differenzierung. So zeigte die Juristin Kimberlé Crenshaw in ihrem Aufsatz aus dem Jahr 1989 auf Basis juristischer Fallanalysen, dass amerikanische Antidiskriminierungsgesetze entweder zu Gunsten schwarzer Männer oder weißer Frauen operierten. Unter Rückgriff auf die Metapher einer Straßenkreuzung („intersection“) beschrieb sie, wie sich unterschiedliche Diskriminierungsformen bei schwarzen Frauen überschneiden und letztlich unsichtbar bleiben, wenn man sie *ausschließlich* als sexistische oder rassistische Diskriminierungen klassifiziere (vgl. Crenshaw 2013 [1989]).² In Deutschland waren die politischen Interventionen von Migrant*innen, schwarzen Deutschen, jüdischen Frauen sowie Frauen mit Behinderungen wichtige Impulsgeber*innen für intersektionale Perspektiven (vgl. Walgenbach 2012: 5). Diese politischen Interventionen fanden schließlich ihren Weg in die feministische Theoriebildung und akademische Debatte Europas. Davis fasst zusammen, dass Intersektionalität die Anerkennung von Differenzen zwischen Frauen thematisiere und die lange Geschichte der Exklusion innerhalb der feministischen Wissenschaft berühre (vgl. Davis 2013: 62).

In der beschriebenen Genese zeigt sich, dass intersektionale Ansätze als Weiterentwicklung feministischer Theorien gelten können (vgl. Knapp 2005), in dem sie soziale Kategorien wie Geschlecht, Klasse, Ethnizität und Nation in ihrem Zusammenwirken und ihren Wechselwirkungen betrachten (vgl. Walgenbach

1 Es ist in der Fachliteratur nach wie vor umstritten, ob es sich bei Intersektionalität um eine Theorie, ein Forschungsparadigma (vgl. Walgenbach 2012) oder eine Analyseperspektive (vgl. Riegel 2010) handelt und ob der Begriff der Intersektionalität seinen Gegenstand überhaupt angemessen erfasst (vgl. beispielsweise Soiland 2012).

2 Zur Gründungsnarrative des Intersektionalitätskonzeptes siehe Lutz et al. (2013): 9.

2012: 81). Darüber hinaus knüpft Intersektionalität auch in ihren Grundannahmen an die Tradition (marxistisch) feministischer Theorien an, indem Kapitalismus als zentraler Generator sozialer Ungleichheiten im Fokus der Analyse steht und soziale Kategorien wie Mann/Frau bzw. deutsch/migrantisch als historisch gewachsene, gesellschaftliche Konstruktionen aufgefasst werden.³ Zwar fokussieren auch klassische soziologische Theorien sozialer Ungleichheit nach Marx und Weber auf die Ungleichwertigkeit sozialer Lagen und setzen sich damit in Bezug zu einer kapitalistischen Organisationsform von Gesellschaft (vgl. Schwinn 2007: 11).⁴ Von Seiten der Frauen- und Geschlechterforschung wurde jedoch stets auf die *inhärente Verwobenheit* kapitalistischer Organisationsformen mit dem ungleichen Geschlechterverhältnis zwischen Frauen und Männern verwiesen. Kapitalismus wird in intersektionalen Ansätzen insofern nicht nur als eine spezifische Wirtschaftsweise begriffen, die Gesellschaften grundlegend entlang von Dynamiken ökonomischer Profitmaximierung strukturiert und in Folge dessen Ungleichheiten entlang sozialer Kategorien hervorbringt (vgl. Winker/Degele 2009: 25). Diese sozialen Ungleichheiten entlang sozialer Kategorien sind dem Kapitalismus vielmehr strukturell inhärent, so die Grundannahme (vgl. Aulenbacher et al. 2012). Kapitalismus bedarf also dieser Ungleichheiten entlang von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, um sich als System zu erhalten und zu funktionieren. Beispielhaft führt Klinger die frühere koloniale bzw. imperialistische Ausbeutung außereuropäischer Gebiete durch außereuropäischer Großmächte an (vgl. Klinger 2008: 54).

Im Zuge kapitalistischer Dynamiken und Krisen entstünden so jedoch nicht ausschließlich geschlechts-, klassen- und ethniefundierte Herrschaftsweisen, sondern auch Kontingenzen, die sich etwa in Form von Gleichstellungstendenzen zwischen Männern und Frauen in westlichen Gesellschaften beobachten ließen (Aulenbacher et al. 2012: 5). Aulenbacher et al. erklären dies mit Hilfe regulationstheoretischer Ansätze, die die wiederkehrende Notwendigkeit zur Herausbildung stetig neuer Akkumulationslogiken und veränderter Regulationsweisen im Kapitalismus heranziehen – etwa im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. Während das Akkumulationsregime die Produktions- und Konsumbedingungen im Kontext dominanter Produktions- und Konsumnormen sowie das

3 Intersektionalität bedeutet dann auch, Gesellschaftstheorie als Kritische Theorie nach Horkheimer zu betreiben bzw. ihrer feministischen Reformulierung zu folgen (vgl. Klinger/Knapp 2007: 29).

4 In Abgrenzung dazu behandelt die Systemtheorie soziale Ungleichheiten zunächst als *Ungleichartigkeit* der Ordnungen oder Teilsysteme, die nicht automatisch mit einer *Ungleichwertigkeit* einhergehen muss (Schwinn 2007: 11).

Verhältnis von kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Bereichen umfasse, beziehe sich die Regulationsweise auf das institutionalistische Rahmenwerk und Reglement zwecks Stabilisierung des kapitalistischen Systems (Aulenbacher et al. 2012: 8). Letzteres umfasst implizit nationale Ökonomien, erscheint also beispielsweise als eine spezifisch deutsche Regulationsweise. Die konkrete Ausgestaltung des jeweiligen Akkumulationsregimes und der entsprechenden Regulationsweise sei Ergebnis bzw. Gegenstand von sozialen Auseinandersetzungen (Aulenbacher et al. 2012: 11). Im Zentrum der Verknüpfung von Akkumulationsregime und Regulationsweise stehen das Lohnarbeitsverhältnis und seine besondere Ausgestaltung:

„Der ‚rapport salarial‘ bildet die basisinstitutionelle Form, entlang derer sich die Art der Ausbeutung der Arbeitskraft, der sozialen Strukturierung, der politischen Regulierung und der Vergesellschaftungsform in der historischen Perspektive qualitativ voneinander unterscheiden. Er erfasst den jeweils dominanten Typus der Formen der Arbeitskraft in einem historischen Akkumulationsregime.“ (Aulenbacher et al. 2012: 9)

Durch die Fokussierung auf den Gebrauch der Arbeitskraft der Beschäftigten sowie deren Reproduktion geraten auch Familie und Wohlfahrtsstaat ins Blickfeld des Interesses. Letztlich ist das Ziel des Wohlfahrtsstaates der Erhalt und die Steuerung von Arbeitskräften, er vermittelt zwischen dem Arbeitssubjekt und dem Markt und erhält Konkurrenzen aufrecht. Hegemonie in Form einer Stabilität von Akkumulationsregimen und Regulationsweise, kapitalistische Expansionsdynamiken sowie globale Konkurrenz nehmen vor diesem Hintergrund nicht nur Einfluss auf die Wirtschaft, sondern „überformen auch die Sozialordnungen von Gesellschaften“ (ebd.: 10). Allerdings, so merken Aulenbacher, Meuser und Riegraf an, sei dies kein einseitiger Prozess (Aulenbacher et al. 2012: 10). Im Gegenteil zeigten sich Konkurrenzen und Interdependenzen entlang der Transformationsprozesse westeuropäischer Gesellschaften, zu denen die besagten Forscher*innen unter Verweis auf weitere Autor*innen explizit auch Wohlfahrtsstaaten zählen (vgl. z.B. Lessenich 2008).

Feministische bzw. intersektionale Analysen stellen nun weniger die Kapitalakkumulation selbst in den Fokus, als vielmehr die weiteren gesellschaftlichen Prozesse, die ihr unterlegt sind und innewohnen (vgl. Aulenbacher et al. 2012: 11). Intersektionalitätsansätze beziehen sich in Anlehnung an die feministische Gesellschaftsanalyse insofern auf die Moderne insgesamt. Kennzeichnend für die Moderne ist einerseits ein Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer Ungleichheits- und bürgerlicher Gleichheitsordnung in vielfältigen historischen Variationen (ebd.: 12). Andererseits kennzeichnen die Moderne – spätere Ausführ-

rungen vorwegnehmend – zwei Herausforderungen, die jede Gesellschaft zu bearbeiten habe: die Herstellung und Verteilung der Mittel zum Leben sowie die Erzeugung und Erhaltung des Lebens (vgl. Klinger 2008). Feministische Theorien weisen der Kategorie Geschlecht insofern eine gesellschaftsübergreifende strukturelle Bedeutung zu, die sich nicht allein auf die Erwerbssphäre beschränkt (vgl. Aulenbacher 2005, Becker-Schmidt 1987):

„Die Ungleichstellung der Geschlechter ist demnach eine im Prinzip alle gesellschaftlichen Bereiche [...] und sozialen Verhältnisse (insbesondere den Staatsbürgerstatus, die Erwerbsposition, die privaten Beziehungen der Geschlechter) prägende Struktur, die als gesellschaftlich bzw. sozial hergestellte Struktur in einer umfassenden Analyse sozialer Ungleichheit Berücksichtigung finden müßte.“ (Gottschall 2000: 14)

Gleiches gilt in intersektionalen Ansätzen auch für die Kategorien Ethnizität und Klasse. Diese werden zusammen mit Geschlecht als „Strukturgeber und Platzanweiser der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen, in denen je eigenständige Herrschaftsformen zum Ausdruck kommen“ (Aulenbacher et al. 2012: 12). Gegenstand intersektionaler Analysen sind also stets Macht-, Herrschafts- und Normierungsverhältnisse, die sich beispielsweise auch gegenüber Diversity-Ansätzen und den darin gesetzten Differenzkategorien explizit kritisch positionieren (vgl. Walgenbach 2012: 2, Aulenbacher/Riegraf 2012). Denn anders als in klassen- und kapitalismustheoretischen Ansätzen können die Kategorien in keine Rangordnung oder Reihenfolge gebracht werden. Intersektional zu denken und zu forschen bedeutet, die *Wechselwirkungen* sozialer Kategorien im Kontext kapitalistischer Gesellschaften zu analysieren.

Neben dem Zentralsetzen des Kapitalismus bzw. vielmehr den damit in Verbindung stehenden gesellschaftlichen Prozessen gehört zu den Grundprämissen intersektionaler Ansätze eine konstruktivistische Perspektive, die je nach Autor*in unterschiedlich und in Abhängigkeit der betrachteten Ebenen ausformuliert wird. So betonen etwa Klinger/Knapp (2007) oder Müller (2003) die historische Entwicklung der gesellschaftlichen Konstruktionen von Kategorien wie Geschlecht, Klasse oder Ethnizität, während Winker/Degele (2009) je nach betrachteter Ebene beispielsweise auch auf Doing- (West/Fenstermaker (1995) und performative Ansätze (Butler 2014 [1991]) etwa für die Identitätskonstruktion verweisen. Nicht selten verweisen intersektionale Ansätze vor diesem Hintergrund auch auf Möglichkeiten der *Dekonstruktion* von Kategorien. Sowohl Kategorien als auch Herrschaftsstrukturen werden jedoch in intersektionalen Ansätzen grundsätzlich aus dem Zusammenspiel von Struktur und Handlung und somit durch soziale Praxis erklärt.

Schließlich gehört zu den Grundprämissen intersektionaler Ansätze das Berücksichtigen unterschiedlicher Ebenen, die für die (Re-)Produktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen relevant erscheinen und insofern eine weitere Komplexitätssteigerung im Zuge intersektionaler Perspektiven bedeutet. Intersektionale Ansätze gehen von einem wechselseitigen Verhältnis zwischen Struktur auf der Makroebene und Handeln auf der Mikroebene aus. So schlagen sich nach Klinger gesellschaftliche Strukturen im Erfahren und Erleben der Individuen nieder, so wie umgekehrt das Denken und Handeln der Akteure die Entstehung und weitere Entwicklung der Strukturen beeinflusst (Klinger 2008: 38). Die Betrachtung alleine einer dieser Ebenen führe notwendigerweise zu systematischen Ausblendungen, denn beide Ebenen seien weder identisch noch spiegelten sie einander vollkommen wider (ebd.). Mit Verweis auf Hill Collins ist Intersektionalität daher immer zugleich auf der Mikro- wie der Makroebene angesiedelt:

„First, the notion of interlocking oppressions refers to the macro level connections linking systems of oppression such as race, class, and gender. This is the model describing the social structures that create social positions. Second, the notion of intersectionality describes micro level processes – namely, how each individual and group occupies a social position within interlocking structures of oppression described by the metaphor of intersectionality. Together they shape oppression.“ (Hill Collins 1995, zitiert nach Klinger 2008: 39)

Im Hinblick auf die Frage, wie sich das hier verstandene Verhältnis von Struktur und Handlung konzeptualisieren und letztlich empirisch umsetzen lässt, ist der bloße Verweis auf die Existenz von Mikro- und Makrostrukturen, die sich wechselseitig aufeinander beziehen, unzureichend. Wie genau Subjekte, ihre soziale Positionierung, Strukturen und Praktiken zueinander ins Verhältnis gesetzt und welche (unterschiedlichen) Ebenen für die Reproduktion von Machtverhältnissen relevant werden, ist je Intersektionalitätsverständnis der**s* Autor*in unterschiedlich (vgl. etwa Walgenbach 2006, Winker/Degele 2009, Riegel 2010) bzw. bleibt häufig diffus (Winker/Degele 2009: 18, vgl. auch Davis 2013).

Ähnliches trifft auf die Theoretisierung der Kategorien zu, die es zu betrachten gilt. In den Diskurssträngen und Streitpunkten der deutschsprachigen Debatten um Intersektionalität in der Geschlechterforschung wird immer wieder die Frage gestellt, welche und wie viele Kategorien in intersektionalen Analysen mit welcher Gewichtung einbezogen werden müssten. Neben der klassischen Trias ‚gender‘, ‚race‘ und ‚class‘ als wesentliche Ungleichheitsstrukturen (u.a. Klinger/Knapp 2007), plädieren etwa Winker/Degele dafür, diese um ‚body‘ zu erweitern, da diese für den aktuellen Kapitalismus äußerst relevant sei (ebd. 2009:

49). Seitens der Queer Theory wird zugleich kritisiert, dass Sexualitäten in Intersektionalitätskonzepten verdrängt würden (Dietze et al. 2007). Helma Lutz (2001) schlägt vor, die Kategorien induktiv aus dem empirischen Datenmaterial zu generieren. In der Folge wird auch der Begriff der „intersection“ hinterfragt. So weist Katharina Walgenbach darauf hin, dass damit die Vorstellung verbunden sei, die Kategorien würden sich nur an der „Kreuzung“ überschneiden und seien „davor“ und „danach“ getrennt zu betrachten. Sie plädiert für den Begriff der interdependenten Kategorien und will damit verdeutlichen, dass „Differenzen bzw. Ungleichheiten nicht mehr *zwischen* (distinkt oder verwoben gedachten) Kategorien wirksam sind, sondern *innerhalb* einer Kategorie [Herv. i.O.]“ (Walgenbach 2007: 24). In Anlehnung an Winker/Degeles Plädoyer, die Auswahl der Kategorien vom untersuchten Gegenstand und der ausgewählten Untersuchungsebene abhängig zu machen (ebd. 2009: 16), werden in den folgenden Kapiteln sowohl die Kategorien als auch die Ebenen bestimmt und definiert, die in dieser Arbeit relevant erscheinen. Am Anfang steht die Beschreibung der historischen und sozialen Genese der Kategorien Ethnizität, Geschlecht und Klasse und ihren Verschränkungen als soziale Konstruktionen sowie deren Bedeutung für die damit einhergehenden Herrschaftsverhältnisse im Rahmen der kapitalistischen Ordnung.

2.1.2 Die Kategorien: Klasse, Geschlecht und Ethnizität

Geschlecht, Klasse und Ethnizität bezeichnen die Zugehörigkeit von Menschen zu sozial konstruierten Gruppen, was diese Kategorien relevant für die Frage nach sozialen Ungleichheiten macht und zwar auf unterschiedlichen Ebenen. „Diese Kategorien können – unter bestimmten Umständen – auch zu (tatsächlichen oder vorgestellten) Gruppen mit kollektiver Identität und eigener Handlungsfähigkeit werden“ (Müller 2003: 6). Geschlecht, Klasse und Ethnizität werden in dieser Arbeit als soziale Konstruktionen erfasst, die historisch gewachsen sind und eine spezifische soziale Ordnung herstellen, die im Kontext kapitalistischer Gesellschaften als soziale Platzanweiser im Sinne einer Über- und Unterordnung fungieren (vgl. Aulenbacher et al. 2012: 12). Gemeinsam ist ihnen also, dass sie Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse etablieren und Normierungen setzen, über die Ein- und Ausschlüsse organisiert sind. Die Frage nach „Wahlfreiheit“ schließt sich an diese Ein- und Ausschlüsse an. Gleichzeitig bieten sowohl Geschlecht als auch Klasse und Ethnizität Identitäts- und Identifikationsmöglichkeiten und werden von Subjekten beständig in sozialen Prozessen interaktiv hergestellt, was die Wahrnehmung bzw. Erwägung von Handlungsoptionen durch Mütter/Väter auch im Hinblick auf die Gestaltung, Organisation und Ver-

teilung von Erwerbs- und Sorgearbeit prinzipiell (nicht) ermöglicht. Bei allen Gemeinsamkeiten existieren jedoch auch Unterschiede zwischen den sozialen Kategorien: Während beispielsweise Geschlecht und Ethnizität stets mit biologisierenden Argumenten und scheinbar „natürlichen“ Zuschreibungen einhergehen (vgl. Hall 2000, Hausen 1976) – man seinem „ursprünglichen“ Geschlecht bzw. Ethnizität und den damit assoziierten Merkmalen bzw. Eigenschaften also nur schwer entkommen kann –, haftet der Konstruktion von Klasse ein weniger statisches Bild an. Nach Bourdieu lässt sich die eigene relative Stellung im sozialen Raum prinzipiell verändern, wenngleich dem*der Aufsteiger*in die Kletterei stets anzusehen bleibe (Bourdieu 1985: 13). Im Folgenden wird in gebotener Kürze auf die historische Entstehungsgeschichte der Konstruktion der Kategorien-Trias Klasse, Geschlecht und Ethnizität eingegangen, um darauf im Rahmen ihrer Relevanzsetzung innerhalb des deutschen Wohlfahrtsstaates an späterer Stelle zurückkommen zu können. Sowohl die Kategorien als auch die Herrschaftsverhältnisse werden in dieser Arbeit als genuin moderne gefasst, wie sie sich also im Zuge der Entstehung arbeitsteiliger europäischer Gesellschaften ausgebildet haben, wenngleich diese an vorherige Herrschaftsformen anknüpfen (vgl. Klinger 2003). Ethnie-, klassen- und geschlechtsbasierte Herrschaftsverhältnisse haben beim Übergang von der stratifikatorischen zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft eine enorme Erweiterung erfahren, wenn auch für die westliche Moderne weder das Entstehen noch das Vergehen der drei Arten von Herrschaftsverhältnissen signifikant und spezifisch gewesen sei, so Klinger (Klinger 2008: 44). So setzen die Konzepte Klasse, Rasse und Geschlecht „an vorgängigen Herrschaftsformen an, ohne sich unmittelbar aus ihnen herzuleiten. Es handelt sich um neuartige, spezifisch moderne Konfigurationen und Konstellationen, die gleichwohl auf alten Fundamenten basieren.“ (Klinger 2003: 37)

Im Sinne intersektionaler Ansätze wird im Folgenden dafür die sich zunehmend durchsetzende kapitalistische Ordnung relevant gesetzt.

Die Konstruktion von Klasse als Differenzkategorie

Mit dem Übergang von einer feudalistisch-argarischen Ordnung mit ständischer Hierarchie und den damit einhergehenden Privilegierungen bzw. Benachteiligungen qua Geburt des 18. Jahrhunderts in eine industriell-kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhundert gehen ökonomische Modernisierung, funktionale Arbeitsteilung und kulturelle Säkularisierung einher (vgl. Klinger 2008). Die Kategorie Klasse stand vor diesem Hintergrund von Anfang an für eine *theoretische* Beschreibung und Zusammenfassung zweier Großgruppen im kapitalistischen System Europas des 19. Jahrhunderts: die Produktionsmittelbesitzenden und die

Lohnabhängigen. Klassentheorien wie die marxistische erheben den Grundkonflikt innerhalb der kapitalistischen Akkumulation, nämlich den der ungleichen Verfügungsgewalt über knappe, jedoch begehrte Ressourcen, zum Ausgangspunkt sozial strukturierter Ungleichheit. Je nach Stellung im Erwerbsprozess, so die grundlegende Annahme, ergibt sich ein ungleicher Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Positionen, an deren Ende ungleiche Lebenschancen von Individuen bzw. Gruppen stehen (vgl. Winker/Degele 2009: 42, Kreckel 2004: 213). Lebenschancen spiegeln sich dabei nicht zuletzt in der Frage nach „Wahlfreiheit“ wider, etwa um Erwerbs- und Sorgearbeit gleichzeitig nachzukommen bzw. nachkommen zu müssen. Die Kategorie Klasse bezeichnete dabei jedoch stets mehr als die reine ökonomische Lage von Subjekten. Gemeinhin wurde darüber hinaus das Zusammenfallen von sozialstruktureller Lebenslage („Klasse an sich“) mit identischen oder zumindest ähnlichen Interessen und politischen Präferenzen („Klasse für sich“) postuliert (Bourdieu 1985: 14, vgl. auch Marx/Engels 1971: 52/53). Mit dem Aufkommen des fordistischen Lohnarbeitsverhältnisses gehen neben einem klar definierten Bild des*der Erwerbstätigen, einem festen Arbeitsplatz, die Rationalisierung von Arbeitsprozessen und ein kollektiver Rechtsstatus für Arbeiter*innen auch individuelle soziale Sicherheit und die Teilhabe an Kollektivgütern sowie am Massenkonsum einher (vgl. Castel 2008: 283f). Mit der Vereinheitlichung der Erwerbsarbeitsbedingungen ergibt sich insofern die Vereinheitlichung von Milieus und Lebensweisen, weshalb abhängige Arbeit als Stütze sozialer Identität und gesellschaftlicher Integration gilt. Historisch überschreibt Castel diese Entwicklung als eine „vom Kontrakt zum Status“ (ebd.: 192). Zwar fand angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen in der Spätmoderne – zu nennen sind hier etwa Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen und Identitätskonstruktionen (vgl. Beck 2016 [1986]) – eine Diskussion um die Erklärungskraft der Kategorie Klasse statt, im Zuge dessen kam es jedoch eher zu einer Schärfung des analytischen Instrumentariums von Klassenkonzepten, statt Klasse als historisch obsolet zu betrachten (vgl. Weiß et al. 2001: 8). Die Funktion von Klassen für die kapitalistische Akkumulation steht dabei außer Frage: Klasse konstruiert Subjekte als „eine Gruppe von Menschen, denen ihre Stellung im Produktionsprozess gemeinsam ist“ (Winker/Degele 2009: 43). Aus dieser erwerbsarbeitsbezogenen Stellung ergeben sich ökonomische Ressourcen wie Vermögen und Einkommen. Mit Bourdieu (1985) lässt sich jedoch über eine ökonomische Betrachtungsweise der Kategorie Klasse hinauskommen. Bourdieu beschreibt Gesellschaft als einen sozialen Raum der Unterschiede und der Beziehungen, „die Verknüpfung von Klassenlage und Lebensführung ist Bourdieus zentraler Beitrag zur Klassendiskussion“ (Winker/Degele 2009: 43). Dies geschieht, indem er Gruppen im sozialen Raum nicht

nur entlang ihres ökonomischen Kapitals, sondern auch des kulturellen und sozialen Kapitals verortet. Kulturelles Kapital umfasst dabei zusammengefasst die Möglichkeiten und Formen der Vermarktung der Arbeitskraft auf Grundlage von inkorporierter sowie zertifizierter Bildung und Beruf. Soziales Kapital ist zu verstehen als Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, deren Menge und Qualität ihrer weiteren sozialen Kontakte entscheidend den Umfang dieser Kapitalsorte prägen. „Demgemäß verteilen sich die Akteure auf der ersten Raumdimension je nach Gesamtumfang an Kapital, über das sie verfügen; auf der zweiten Dimension je nach Zusammensetzung dieses Kapitals.“ (Bourdieu 1985: 11)

Subjekte mit einer ähnlichen Kapitalausstattung stehen im sozialen Raum gemäß dieser Logik nahe beieinander und weisen einen ähnlichen Handlungs- und Lebensstil auf. Daraus ergeben sich nach Bourdieu „soziale Klassen“, die möglicherweise, aber nicht zwangsläufig durch ähnliche politische Ideologien und Interessen gekennzeichnet sind (ebd.: 12). Die Klassenlage von Subjekten wird bei Bourdieu insofern zwar weiterhin primär durch die Stellung im Erwerbsprozess erklärt, wird aber zusätzlich auch durch ökonomisches und kulturelles Kapital sowie soziale Netzwerke bedingt. Im Umkehrschluss werde die augenscheinliche Vielfalt und Heterogenität kultureller Ausdrucksformen qua diverser Handlungs- und Lebensstile jedoch nicht allein von der Stellung im Erwerbsprozess determiniert, obwohl sie konstitutiv auf die ihnen zugrundeliegenden Ungleichheitsstrukturen bezogen bleibe (Weiß et al. 2001: 14). Umkämpft ist bei Bourdieu neben der eigenen Stellung im sozialen Raum in Relation zu den Anderen mittels Distinktion auch der „common sense“ (Bourdieu 1985: 19), also die Macht, seine eigenen Deutungen durchzusetzen. Bourdieu spricht in dem Zusammenhang auch von einem „Monopol auf legitime Benennung als offizielle – das heißt explizite und öffentliche – Durchsetzung einer legitimen Sicht von sozialer Welt“ (ebd.: 23), welches er primär dem Staat als Akteur einräumt. Wohlfahrtsstaaten kann vor diesem Hintergrund symbolische Macht zugeschrieben werden, da sie durch sozialpolitisches Handeln Lebensentwürfe (nicht) ermöglichen und Wahlmöglichkeiten (nicht) herstellen. Im Ergebnis rückt auch Familienpolitik rückt vor diesem Hintergrund in den Fokus der vorliegenden Arbeit.

Festzuhalten bleibt, dass soziale Ungleichheit in westlich-kapitalistischen Staatsgesellschaften bis heute als legitimierungsbedürftig gilt (vgl. Müller 2003: 12) und die Bedeutung von Klasse in marktförmig organisierten Gesellschaften westlicher Prägung Eingang gefunden hat in die so genannte „meritokratische Triade“ von Bildung, Beruf und Einkommen (Kreckel [1992] 2004: 97). Historisch betrachtet beruht die formalisierte Meritokratie auf Prozessen der Standardisierung, Homogenisierung und Institutionalisierungen von Bildungsabschlüs-

sen, beruflichen Rangpositionen und Geldeinkommen.⁵ Der darauf aufbauende Statuswettbewerb ergibt in westlich-kapitalistischen Staatsgesellschaften ein gewichtiges System zur Legitimation von Ungleichheit in Marktökonomien und letztlich Herrschaftsordnungen, an deren Ende die individuelle Leistungsideologie steht. Entlang dieser Leistungsideologie werden die Ungleichheiten von Lebenschancen sowie unterschiedliche „Wahlfreiheiten“ gerechtfertigt und gesellschaftsfähig. Idealtypisch soll „die Qualifikation eines Individuums [...] in eine entsprechende berufliche Position konvertierbar sein, die berufliche Position *soll* mit einem ihr angemessenen Einkommen ausgestattet sein [Herv. i.O.].“ (Ebd.: 97)

Durch ihre Abkehr von der feudalen Ständeordnung hin zu Begabung und Leistungsfähigkeit ist die meritokratische Triade gleichbedeutend mit dem Versprechen von Gleichheit und Freiheit im Sinne der Aufklärung. Etabliert hat sich in modernen Gesellschaften insofern die Vorstellung, dass allein individuelle Leistungen *jenseits* der Kategorie Klasse zu gesellschaftlich akzeptierter Ungleichheit etwa in Form von Einkommensunterschieden avanciert ist. Die Vermarktungs(-un-)möglichkeiten der eigenen Arbeitskraft hängen insofern scheinbar vor allem an Bildung, Beruf und Einkommen sowie im Kontext des transformierten Wohlfahrtsstaates zunehmend auch an der *eigenverantwortlichen* Leistung der Einzelnen. Klassenzugehörigkeiten erscheinen demnach nicht Effekt von Machtverhältnissen zu sein, sondern werden auf die persönliche Leistung oder das persönliche Versagen im Erwerbsarbeitsmarktkontext zurückgeführt (Götsch 2018). Die Zuweisung ungleicher gesellschaftlicher Positionen bzw. ungleicher Lebenschancen entlang askriptiver Merkmale wie Klasse, ebenso wie Geschlecht und Ethnizität erscheint vor diesem Hintergrund als nicht mehr zeitgemäß. Analog dazu erscheinen die Organisation, Gestaltung und Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, kurzum die Frage nach „Wahlfreiheit“ als individuelle, selbstbestimmte Entscheidung jeder einzelnen Mutter bzw. jedes einzelnen Vaters und nicht als (auch) strukturell determiniert.

Aufbauend auf dem Vorherigen wird in dieser Arbeit unter Klasse in einer kapitalistischen Gesellschaft im Folgenden eine Gruppe von Menschen mit ähnlicher Stellung im sozialen Raum im Hinblick auf ihr ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital verstanden, welches sich meritokratisch vermittelt und in

5 Kreckel will diese Prozesse explizit als Produkt historischer Verhältnisse – oder wie er es in Anlehnung an Marx nennt – „Realabstraktionen“ verstanden wissen, deren Kenntlichmachung als solche unabdingbar sei, um „die theoretisch bedeutsamere Frage nach den strukturell angelegten, aber mit einfachen vertikalen Skalen nicht erfassbaren Kräfteverhältnissen zu stellen“ (Kreckel [1992] 2004: 106).

ähnlicher Bildung, einem ähnlichen beruflichen Status und ähnlichem Einkommen widerspiegelt. Inwiefern der deutsche Wohlfahrtsstaat als legitime Benennungsmacht auftritt und dadurch die „Wahlfreiheit“ von Eltern unterschiedlicher Klassen in ihrer Verschränkung mit Geschlecht und Ethnizität beeinflusst, wird später Gegenstand des Kapitels sein.

Die Konstruktion von Geschlecht als Differenzkategorie

In modernen Gesellschaften westlicher Prägung ist die Konstruktion von Geschlecht mit der Annahme der Zweigeschlechtlichkeit verknüpft, nach der es zwei (und nicht mehr) Geschlechter gibt. Männer und Frauen bzw. Männlichkeit und Weiblichkeit sind dabei durch Gegensätzlichkeit charakterisiert, ihnen werden üblicherweise vollkommen unterschiedliche, konträr zueinanderstehende Eigenschaften und Merkmale zugeschrieben, die jedoch gleichzeitig komplementär daherkommen – etwa aktiv/passiv oder rational/emotional (vgl. Gildemeister/Wetterer 1992). Dadurch wird mit der Konstruktion von Geschlecht letztlich auch Heteronormativität begründet. Historisch betrachtet war dies jedoch nicht immer so und gilt auch heute nicht für alle Gesellschaften. Die frühere Frauen- und spätere Geschlechterforschung hat vielfach gezeigt,

„dass nicht alle Gesellschaften nur zwei Geschlechter kennen, nicht in allen Kulturen die Geschlechtszugehörigkeit lebenslang festgelegt ist und als unveränderbar angesehen wird, sondern Geschlechtswechsel durchaus möglich sind und es nicht in allen Gesellschaften die Genitalien sind, auf die Geschlechtszugehörigkeiten zurückgeführt werden.“ (Riegraf 2010: 62)

Laqueur (1992) zeigt etwa, dass bis in das 18. Jahrhundert hinein angesichts mangelnder medizinischer Normvorstellungen für *den* männlichen bzw. *den* weiblichen Körper ein Ein-Geschlecht-Modell die Vorstellungswelt bestimmte, nach dem Frauen als umgekehrte Männer verstanden wurden. In der vormodernen Zeit war vielmehr der soziale Kontext, also Standeszugehörigkeit und Familienstand, und nicht die *Natur* der Geschlechter primäre soziale Ordnungsprinzipien der vormodernen Gesellschaft (vgl. Müller 2003: 15). Darüber hinaus war in den feudalistisch-argrarischen Ordnungen damaliger europäischer Gesellschaften der gemeinsame Hausstand, der noch keine Trennung in Konsum und Erwerb kannte, Dreh- und Angelpunkt der familialen Lebensweise. Zwar existierten geschlechtlich bestimmte Aufgabenbereiche, die „Geschlechterhierarchie war aber nur sekundär und wurde durch die ständische Ordnung gebrochen“ (ebd.: 16). So war es etwa im Bürgertum üblich, dass Männer als Haushaltsvorstand gegenüber den eigenen Kindern umfangreichen Verpflichtungen nachka-